

ÜBEREINKOMMEN
zur Errichtung der Fußgänger- und Radwegbrücke VYSOMARCH

Art. I
Vertragsparteien

1. Land Niederösterreich

Gruppe Straße

Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten
vertreten durch: Dipl.-Ing. Josef Decker
Straßenbaudirektor
UID-Nummer: ATU 37165802
FA-Nr.: 09, Steuernummer: 533/1989

2. Selbstverwaltungskreis Bratislava

Sabinovská 16, 820 05 Bratislava
vertreten durch: Mgr. Juraj Droba, MBA, MA
Vorsitzender des Selbstverwaltungskreises Bratislava
IČO: 36063606
DIČ: 2021608368

Im Folgendem gemeinsam „Vertragsparteien oder „Vertragspartner“ genannt“

Art. II
Vertragsgrundlagen/Ausgangspunkte des Übereinkommens

Im Rahmen des Programms der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Interreg V-A Slowakei – Österreich 2014 – 2020 soll eine Fußgänger- und Radwegbrücke über die March zwischen Marchegg und Vysoká pri Morave errichtet werden.

Die wesentlichen Zielsetzungen der Brücke sind:

- die Verbesserung der Erreichbarkeit in der Region
- die Förderung des Fahrrads im Alltags- und Freizeitverkehr
- die Stärkung die Förderung der umweltgerechten, nachhaltigen Mobilität

Grundlage für dieses Übereinkommen ist die im Jahr 2017 abgeschlossene bilaterale Planungsvereinbarung zwischen dem Selbstverwaltungskreis Bratislava und dem Bundesland Niederösterreich.

Art. III
Vertragsgegenstand

- a) Gegenstand dieses Übereinkommens ist die Regelung der Detailplanung bzw. Ausarbeitung der Ausführungsdokumentation, der Errichtung, der Finanzierung, der Rechnungsablauf und die Abwicklung der Gewährleistung der Brücke über die March inkl. der Vorlandbereiche sowie der Rampen auf slowakischem Territorium laut Art. IV.
- b) Alle Unterlagen, die für beide Partner kostentechnisch bzw. bautechnisch relevant sind, sind grundsätzlich in Slowakisch und in Deutsch zu erstellen und wechselseitig auszutauschen

(wie zum Beispiel, Bescheide, Ausschreibungsunterlagen, Baueinleitung, Kontrolltage, Vergabeakte, Rechnungen, Abrechnungsunterlagen, etc.).

- c) Die Art und Weise der baulichen und der betrieblichen Erhaltung der Brücke laut Art. IV wird in einem gesonderten Übereinkommen zwischen der Gemeinde Marchegg, dem Bundesland Niederösterreich (im Folgendem „Land NÖ“ genannt), und dem Selbstverwaltungskreis Bratislava (im Folgendem „BSK“ genannt), geregelt.

Art. IV **Gliederung des Aufbaus der Brücke**

Das Gesamtprojekt der Fußgänger- und Radwegbrücke gliedert sich in folgende 4 Abschnitte:

- a) Vorlandbrücke auf Seite Österreich (Stahlbetontragwerk);
- b) Flussbrücke über die March (Hängebrücke – Stahltragwerk);
- c) Vorlandbrücke auf Seite Slowakei (Stahlbetontragwerk);
- d) Anschlussrampen auf slowakischem Territorium;

Art. V **Behördenverfahren**

Beide Vertragspartner verpflichten sich, auf eigene Kosten, die für den Bau erforderlichen behördlichen Genehmigungsverfahren nach den entsprechenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften durchzuführen bzw. rechtzeitig vor dem geplanten Baubeginn die erforderlichen rechtskräftigen Bescheide für das Gesamtprojekt gemäß Art. IV dieses Übereinkommens zu erwirken.

Art. VI **Baudurchführung**

- a) Land NÖ ist für die Durchführung des Vergabeverfahrens für den Bau der Fußgänger- und Radwegbrücke auf Grund der in der Österreichischen Republik und der Slowakischen Republik gültigen und wirkenden allgemein verbindlichen Vergabevorschriften in der Übereinstimmung mit den Bedingungen des Programmes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Interreg V-A Slowakei-Österreich 2014-2020 verantwortlich. Die Vergabeunterlagen müssen vor Beginn des Vergabeverfahrens seitens BSK durch eine beauftragte Person genehmigt werden. Land NÖ wird für den Vertragsabschluss mit dem Auftragnehmer in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung zuständig sein. In der Bauausschreibung für die Errichtung des Gesamtprojektes laut Art. IV werden auch die für den Bau erforderlichen Vermessungsarbeiten und die Erstellung der Ausführungsdokumentation (baureifes Detailprojekt inkl. der Statik) aufgenommen und den Vertragsparteien zur Verfügung gestellt.
- b) Die örtliche Bauaufsicht auf der Baustelle für die Errichtung des Gesamtprojektes laut Art. IV erfolgt durch und auf Kosten des Landes NÖ.
- c) In der Bauausschreibung wird der künftige Auftragnehmer verpflichtet, sämtliche Bescheidaufgaben aus den behördlichen Bewilligungen beider Vertragspartner einzuhalten und baulich umzusetzen.
- d) Die Baudurchführung des Gesamtprojektes laut Art. IV wird vom Land NÖ beauftragt und geleitet.

- e) Die Beauftragung und Kostentragung der gemäß den behördlichen Auflagen erforderlichen Bauaufsichten auf österreichischem Territorium erfolgt durch und auf Kosten des Landes NÖ.

Die Vertreter vom BSK, vom Land NÖ und die beauftragten Bauaufsichten sind im Zuge der Baudurchführung berechtigt, das gesamte Baufeld auf niederösterreichischem und slowakischem Territorium in Begleitung der Bauaufsicht und des Firmenbauleiters zu betreten.

- f) Seitens des Land NÖ, Abteilung Brückenbau wird als Ansprechpartner Herr Dipl.-Ing. Gruber, namhaft gemacht. Vom Land NÖ wird unverzüglich nach Abschluss des Vergabeverfahrens der Ansprechpartner des zukünftigen Auftragnehmers BSK bekanntgegeben.

Für BSK wird diese Funktion eine beauftragte Person, welche seitens BSK dem Land NÖ vor Anfang des Baus mitgeteilt wird, übernehmen.

Zwischen den Vertragsparteien wird außerdem vereinbart, dass während des ganzen Projektes laut Art. IV gemeinsame periodische Kontrolltage in schriftlicher Form zweisprachig abgehalten werden.

Art. VII

Betriebsinstandhaltung der Stahlbrücke und seiner Vorlandteile

- a) Die Instandhaltungsarbeiten, wie Reinigung der Brücke inklusive Entwässerung, Beseitigung von Schnee und Anschwemmungen, Instandhaltung und Reparaturen der Beleuchtung und Schiffartsignalisierung an der Fußgänger- und Radwegbrücke über die March inklusive der Vorlandbrücken werden Land NÖ und BSK immer auf jeweiligem Staatsgebiet selbständig und auf eigene Kosten durchführen.
- b) Im Fall einer drohenden Beschädigung und bei der Beseitigung der durch Naturkatastrophen verursachten Schäden (wie z.B. Hochwasser) werden diese Arbeiten vor allem durch Land NÖ und BSK immer auf jeweiligen Staatsgebiet auf eigene Kosten nach der Abstimmung einer gemeinsamen Vorgehensweise durchgeführt bzw. sichergestellt. Land NÖ wird auf dem österreichischen Staatsgebiet und BSK auf dem slowakischen Staatsgebiet die Arbeiten in Auftrag geben und die Kosten tragen.
- c) Im Fall von Hochwasser, bei dem die Zufahrtstraße überflutet wird, oder einer anderen Naturkatastrophe sowie bei sonstigen hindernden Umständen, welche eine sichere Benützung der Brücke unmöglich machen, ist die Brücke von beiden Seiten für jegliche Nutzung zu sperren.
- d) Im Fall einer Winter-Brückensperre oder einer Sperre aus anderen schwerwiegenden Gründen, bei welchen eine Brückensperre erforderlich ist, werden an den Zufahrtstraßen auf dem österreichischen und slowakischen Gebiet Verkehrszeichen in der deutschen, slowakischen und englischen Sprache angebracht.
- e) Die Zufahrtstraße zur Brücke sowie die Brücke müssen mit Verkehrszeichen im Sinne der gültigen Vorschriften versehen werden. Auf der Brücke werden folgende Verkehrseinschränkungen verordnet und durch Verkehrszeichen sichtbar gemacht:
„Allgemeines Fahrverbot“ ausgenommen Radfahrer, Einsatzfahrzeuge und Fahrzeuge des Wartungsdienstes mit einem höchst zulässigen Gesamtgewicht von 2,5t.

Art. VIII

Kostenteilung

- a) In der im Jahr 2017 zwischen dem Land Niederösterreich und dem Selbstverwaltungskreis Bratislava abgeschlossenen Planungsvereinbarung wird einvernehmlich festgelegt, dass die Staatsgrenze zur Festlegung der anteiligen Kosten zwischen der Slowakei und dem Land Niederösterreich heranzuziehen ist.

Gemäß dem Einreichprojekt der 260,50 m langen Brücke befinden sich 170,50 m auf österreichischem und 90,00 m auf slowakischem Territorium. Somit errechnet sich folgende Kostenteilung für die Errichtung der Brücke laut Art. IV, Punkte a) bis c) dieses Vertrages:

- 65,5% Land NÖ
- 34,5% BSK

Die angeführten Prozentsätze wurden zwischen den Vertragspartnern einvernehmlich vereinbart und sind unveränderbar. Auf Grund der vorliegenden Kostenschätzung betragen die Errichtungskosten € 4.750.000,00 einschließlich 20% Ust.

Somit errechnen sich folgende Kostenanteile für den Bau der Brücke laut Art. IV, Punkte a) bis c) dieses Übereinkommens:

- Land NÖ..... € 3.111.250,00 inkl. Ust.
- BSK..... € 1.638.750,00 inkl. Ust.

- b) Sind während der Bauabwicklung Kostenüberschreitungen von mehr als 10 % gegenüber den vergebenen Vertragspreisen zu erwarten bzw. erkennbar so hat das Land NÖ dies unverzüglich und nachweislich BSK mitzuteilen und dies in Form einer gegenseitigen Vereinbarung zu lösen.
- c) Die Dolmetscherkosten bzw. Übersetzungskosten für die Bauabwicklung des Gesamtprojektes laut Art. IV werden im Verhältnis 50,00% Land NÖ und 50,00% BSK getragen. Die Beauftragung der Dolmetscherkosten bzw. Übersetzungskosten erfolgt durch das Land NÖ.
- d) Jegliche Kosten, welche in die Kostenteilung nach dem Art. VII Punkt a) dieses Übereinkommens nicht inbegriffen sind, trägt der Vertragspartner, auf welchen sich die Zahlungspflicht bezieht.

Art. IX

Rechnungslauf und Abrechnung:

- a) Im Vertrag mit dem Auftragnehmer wird der Rechnungsablauf so festgelegt, dass BSK und Land NÖ vom Auftragnehmer die Rechnungen für ihren Teil (Anteil) des Vergabegegenstandes erhalten. Die Rechnungen und Abrechnungsunterlagen werden in der deutschen sowie in der slowakischen Sprache vorgelegt.
- b) Die vorgelegten Rechnungen werden von der örtlichen technischen Bauaufsicht auf sachliche und rechnerische Richtigkeit geprüft. Nach erfolgter Prüfung wird das Land NÖ die Teilrechnung/Schlussrechnung bestätigen und eine Zahlungsaufforderung bezüglich des entsprechenden Anteiles an BSK schicken.

Die Rechnungsadresse vom BSK lautet:

Bratislavský samosprávny kraj, Sabinovská 16, 820 05, Bratislava

- c) Die Endabrechnung für das Gesamtprojekt laut Art. IV erfolgt nach Abschluss der Bauarbeiten auf Basis der tatsächlich abgerechneten bzw. ausgegebenen Baukosten vom Land NÖ.

Art. X

Finanzierung

- a) Das Projekt Grenzüberschreitende Verbindung zwischen den Gemeinden Vysoká pri Morave und Marchegg in Form einer Fußgänger- und Radwegbrücke über die March wird im Rahmen des Programms der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Interreg V-A Slowakei – Österreich 2014 – 2020 durch EU-Mittel gefördert.
- b) Die Lead-Partnerschaft wird vom BSK wahrgenommen. Das Land NÖ fungiert als Projektpartner. Die Förderung wird dem BSK als Leadpartner gewährt.

Art. XI

Baufristen

Es ist beabsichtigt, mit den Bauarbeiten im August 2020 zu beginnen. Bei einer voraussichtlichen Bauzeit von 10 Monaten wird die Brücke bis Sommer 2021 fertig gestellt werden.

Art. XII

Eigentum

Die Fußgänger- und Radwegbrücke auf dem slowakischen Staatsgebiet sowie die Anschlussrampen laut Art. IV, Punkt d) bleiben im Eigentum vom BSK. Die Gewährleistungsfrist wird auf die Dauer von fünf Jahren festgelegt.

Art. XIII

Abwicklung der Gewährleistung und der Haftung

- a) Das Land NÖ übernimmt als Auftraggeber für die Errichtung des Gesamtprojektes laut Art. IV die Haftung. Die Abwicklung von Gewährleistungsansprüchen sowohl auf slowakischem und auf österreichischem Territorium erfolgt federführend durch das Land NÖ.
- b) Nach Fertigstellung des Gesamtprojektes erfolgt eine gemeinsame schriftliche Übernahmebesprechung zwischen den Projektpartnern, wobei eine Übernahmeniederschrift der Übernahme des Baus verfasst wird.
- c) Vor Ablauf der Gewährleistungsfrist erfolgt die Brückenerstprüfung durch das Land NÖ. Das Ergebnis der Brückenerstprüfung ist BSK zu übermitteln. Im Falle der Feststellung von Mängeln erfolgt die Abwicklung durch und auf Kosten des Auftragnehmers des Landes NÖ.

Art. XIV

Rechtskraft des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen wird mit dem Zeitpunkt der rechtskräftigen beiderseitigen Unterfertigung gültig und tritt am Tag der Veröffentlichung des Übereinkommens auf der Webseite vom BSK in Kraft.

Art. XV
Gerichtsstand

Für alle aus diesem Übereinkommen entspringenden Rechtsstreitigkeiten, für die nicht kraft Gesetzes eine Gerichtsstandsvereinbarung ausgeschlossen ist, ist in erster Instanz das sachlich zuständige Gericht in St. Pölten zuständig.

Art. XVI
Salvatorische Klausel

Sollte sich eine Bestimmung des Vertrags aus irgendeinem Grund nichtig, ungültig oder nicht anwendbar zeigen oder werden, betrifft es nicht die übrigen Vertragsbestimmungen, welche gültig und rechtskräftig bleiben. Die Vertragsparteien verpflichten sich die nichtige, ungültige oder nicht anwendbare Bestimmung durch eine neue zu ersetzen, die dem ursprünglich angestrebten Zweck der ungültigen Bestimmung entspricht, und zwar in der Frist von 3 Tagen ab dem Tag der Zustellung der Aufforderung durch eine Vertragspartei an die andere Vertragspartei.

Art. XVII
Schlussbestimmungen

- a) Es werden 6 unterzeichnete Abschriften dieses Vertrages erstellt, wobei jeder Vertragspartner drei Exemplare erhält.
- b) Die Fassung dieses Übereinkommens wird in Deutsch ausgefertigt.
- c) Die beglaubigte slowakische Übersetzung ist im Anhang 1 beigelegt. Auf den entsprechenden Staatsgebieten gilt österreichisches bzw. slowakisches Recht.
Weitere Vereinbarungen sowie allfällige Ergänzungen zu diesem Übereinkommen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.
Dieses Übereinkommen kann nur durch eine schriftliche von beiden Seiten abgestimmte Vereinbarung, ausdrücklich als „Anhang zum Vertrag/zum Übereinkommen“ genannt, geändert werden.

St. Pölten, am.....

Bratislava, am.....

Für das Land Niederösterreich
Gruppe Straße
Im Auftrag

Für den Selbstverwaltungskreis
Bratislava

.....
(Dipl.-Ing. Josef Decker)
Straßenbaudirektor

.....
(Mgr. Juraj Droba, MBA, MA)
Vorsitzender des
Selbstverwaltungskreises Bratislava